



Dr. Reinhard Brandl
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede am Politischen Aschermittwoch in Unsernherrn
am 17. Februar 2010

Lieber Bruder Barnabas,
verehrte Vertreter der Stadt und der CSU-Verbände,
lieber Christian Siebendritt,
liebe Trachtenkapelle Lenting,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

1. Rückblick auf das vergangene Jahr

Für mich ist das heute ein ganz besonderer Abend:

Erstens weil ich es als eine große Ehre empfinde, bei so einer Traditionsveranstaltung als Hauptredner auftreten zu dürfen.

Zweitens weil dieser Aschermittwoch für mich persönlich das Ende eines sehr bewegten Jahres markiert: Ziemlich genau vor einem Jahr, drei Tage nach dem Aschermittwoch 2009, bin ich als Bundestagskandidat nominiert worden.

Das war gleichzeitig auch das Ende meines bisher ganz normalen geregelten Lebens.

Es war damals, vor einem Jahr, aber auch eine Zeit der großen Unsicherheit für unser Land und unsere Partei:

Wir standen als Land – mehr oder weniger fassungslos – vor dem größten Wirtschaftseinbruch unserer Geschichte. Audi hatte – nach Jahren der Absatzrekorde – plötzlich Kurzarbeit angemeldet. Eine vollkommen neue Situation für unsere Region.

Und wir standen als Partei vor drei wichtigen Wahlen:

- Bundespräsident Horst Köhler im Mai
- die Europawahl Anfang Juni
- und schließlich die Bundestagswahl Ende September

Und wir wussten bei keiner dieser Wahlen wie sie ausgehen werden.

Heute können wir als CSU mit Stolz sagen: Wir haben alle diese drei Wahlen gewonnen. Und wir haben es vor allem nach 1994 zum ersten Mal wieder geschafft mit der FDP eine Mehrheit im Deutschen Bundestag zu bekommen und die Große Koalition abzulösen.

Und was für mich, als einen der über Monate hinweg jeden Tag für die CSU und unser Wahlprogramm eingestanden ist, das Wichtigste war: Wir setzen jetzt nach der Wahl um, was wir vor der Wahl versprochen haben.

Und da können Sie alle Bereiche durchgehen, angefangen von der Steuer, über die Familien, Bildung, Forschung bis hin zur Landwirtschaft.

Ich kann guten Gewissens aus Berlin heimfahren und sagen: Versprochen. Gehalten. Das schreibt die Presse nicht jeden Tag. Ich denke mir dann manchmal: Net g'schmipft ist g'lobt gnu. Das nehme ich gerne in Kauf. Denn der Wähler hat ein feines Gespür wie glaubwürdig eine Partei ist.

Und was passiert, wenn eine Partei vor ihren Wählern nicht mehr glaubwürdig ist, erleben wir dieser Tage bei der FDP: Die hat innerhalb von vier Monaten fast die Hälfte ihrer Wähler verloren. Diesen Schuh müssen wir uns nichts anziehen.

Für mich steht nach diesem Jahr fest:

Die CSU ist und bleibt die verlässliche Kraft in Bayern und Deutschland.

2. Das Leben eines jungen Abgeordneten

Für mich war das Jahr 2009 auch persönlich eine echte Herausforderung und Kraftanstrengung. Ich habe das nur geschafft, weil ich die ganze Zeit von all unseren Verbänden, gerade auch hier in Ingolstadt, volle Rückendeckung und Unterstützung erfahren durfte.

Dafür bin ich auch aus tiefstem Herzen dankbar.

Während des Wahlkampfes habe ich mir oft gedacht: Na ja, nach der Wahl wird es ruhiger werden. Heute weiß ich: Das war eine Illusion.

Es ist nicht wirklich ruhiger geworden. Der Unterschied ist nur, dass gerade wenn man zum ersten Mal zur Wahl steht, man sich selbst unter einen enormen Druck stellt. Dieser Druck ist jetzt weg.

Heute bin ich einfach nur stolz und dankbar, für eine Partei Verantwortung tragen zu dürfen, die unser Land und ganz besonders auch unsere Region nach vorne gebracht hat. Die es auch in schwierigen Zeiten geschafft hat, das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen und die es an so einem Tag wie heute – egal ob in Passau oder hier in Ingolstadt – schafft, die großen Säle zu füllen. Und diese Partei ist deswegen so erfolgreich, weil sie den Draht zum einzelnen Menschen nicht verloren hat.

Näher am Menschen ist der Leitspruch der CSU und dem sehe ich mich gerade als junger Abgeordneter in besonderer Weise verpflichtet.

Seit meiner Wahl haben sich über 100 Bürgerinnen und Bürger mit Ihren Problemen an mich gewandt. Im Schnitt ist das etwa einer pro Tag. Das sind zum Teil große Probleme, wie das des Oberbürgermeisters der Stadt Ingolstadt, mit der Reform der Job Center. Meistens sind es aber vermeintlich kleine, in denen ein Bürger ein Problem mit einer Behörde, mit einer Krankenkasse oder der Rentenversicherung hat. Für den davon betroffenen Bürger ist das aber meistens kein kleines, sondern ein Riesenproblem.

Da kann man nicht immer helfen, man kann sich aber immer bemühen und gerade bei den sogenannten kleinen Probleme bringt es oft auch schon was, wenn der Abgeordnete mal nachfragt oder einen Brief schreibt.

Viele wollen sich auch einfach nur über irgendetwas beschweren. Wenn Sie ihre Adresse oder Telefonnummer mit angeben, dann ruf ich sie meistens gleich direkt an. Sie sind oft ganz überrascht, dass sie und ihr Anliegen von der Politik ernst genommen werden.

Aber genau das müssen wir als Volkspartei auch leisten, wenn wir näher am Menschen sein wollen.

3. Situation in Deutschland

Blicken wir auf Deutschland, dann muss man feststellen, dass die Zeiten im Vergleich zu denen von vor einem Jahr nicht unbedingt einfacher geworden sind.

Wir sind bisher – Gott sei Dank – einigermaßen glimpflich durch die Krise gekommen. Vor einem Jahr hatten wir 3,5 Millionen Arbeitslose, jetzt haben wir 3,6. Es gab nicht die befürchtete Massenarbeitslosigkeit und es gab auch keine sozialen Unruhen.

Im Ausland, das es vielfach härter getroffen hat, spricht man vom deutschen Jobwunder. Das ist eine Seite der Medaille.

Die andere Seite ist, dass wir als Deutscher Bundestag, in Folge der Krise durch wegbrechende Steuereinnahmen und Mehrausgaben für Kurzarbeit und Konjunkturmaßnahmen, die höchste Neuverschuldung in deutscher Geschichte zu verzeichnen haben. Davon wieder runterzukommen ist für mich die größte Herausforderung in dieser und in der nächsten Legislaturperiode.

Ich sehe mich da gerade als junger Politiker in einer besonderen Verantwortung. Ich bin heute 32. In 30 Jahren bin ich 62 und ich möchte mir dann von der jungen Generation nicht vorwerfen lassen:

Du warst doch damals auch mit dabei. Durch eure Haushaltsführung damals habt ihr unsere Zukunftschancen verspielt.

Solide Finanzen sind für mich ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Solide öffentliche Finanzen sind aber auch ein altes Markenzeichen der CSU. Nicht nur in Bayern und im Bund, sondern auch in einer Stadt wie Ingolstadt. Auf den höheren Ebenen, nicht hier in Ingolstadt, hat dieses Image in der Krise etwas gelitten. Das müssen wir so schnell wie möglich korrigieren.

Aber wir dürfen dabei auch nicht unter den Tisch kehren:

- Bayern war das erste Land mit einem ausgeglichenen Haushalt. Dazu müssen wir nach der Krise auch so schnell wie möglich zurückfinden.
- Bayern ist mit Abstand das finanzstärkste Land in Deutschland und der Abstand wächst stetig. Wir zahlen alleine die Hälfte des deutschen Länderfinanzausgleichs. Im letzten Jahr etwa 3,9 Milliarden Euro.

Auch im Bund hat vor dem Eindruck der rasant wachsenden Staatsverschuldung ein Umdenken in Richtung solide Finanzen stattgefunden.

Im letzten Jahr wurde auf Antrag und nach massiven Druck der Union eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Das ist rückblickend für mich eine der wenigen Großtaten der Großen Koalition.

Was bedeutet das?

Wir haben in diesem Jahr im Bund ein strukturelles Defizit von annähernd 70 Milliarden Euro. Im Grundgesetz ist seit letzten Sommer festgeschrieben, dass der Bund dieses Defizit stufenweise bis zum Jahr 2016 auf 10 Milliarden Euro zurückführen muss. Für die Länderhaushalte gilt ähnliches, sie haben nur etwas mehr Zeit dafür.

Ab nächstem Jahr greift diese Schuldenbremse und wir müssen die ersten großen Einsparungen bringen.

Aber nüchtern betrachtet können wir unsere Finanzen nicht alleine durch Sparen auf der Ausgabenseite konsolidieren.

Etwa 3/4 des Bundeshaushalts sind durch gesetzliche Verpflichtungen, wie z.B. für Zinsen oder Beamtenpensionen, langfristig gebunden. Da kommen wir gar nicht ran.

Wir schaffen das Ziel nur, wenn wir durch nachhaltiges Wachstum wieder Steuermehreinnahmen bekommen, die wir dann nicht für neue Staatsaufgaben, sondern zur Haushaltssanierung einsetzen. Das haben wir in der Vergangenheit nicht konsequent genug gemacht. Jetzt zwingt uns die Schuldenbremse dazu.

Ob und wie stark aber die Wirtschaft und damit die Steuereinnahmen eines Landes langfristig wachsen, hängt im Wesentlichen von zwei Faktoren ab: Von der Innovationskraft und von der Bevölkerungsentwicklung.

Und bei der Bevölkerungsentwicklung schaut es bei uns ganz düster aus. Wir haben zwar das Glück, immer älter zu werden, sorgen aber gleichzeitig zu wenig für Nachwuchs. Auf das ganze Land bezogen heißt das aber: Der Anteil der arbeitenden und Steuer zahlenden Bevölkerung nimmt kontinuierlich ab.

Deswegen haben wir uns als christlich-liberale Koalition zwei Schwerpunkte für die nächsten vier Jahre gesetzt: Bildung und Forschung sowie Familienförderung.

Wir investieren gezielt in Kinder und Köpfe. Das ist die Basis für Wachstum und Wohlstand in der Zukunft.

Und wenn ich von Wachstum rede, dann meine ich nachhaltiges - an die Realwirtschaft gekoppeltes - Wachstum.

Nicht das Wachstum von Spekulationsblasen, die immer schneller immer größer werden und wenn sie dann einen kleinen Pops von außen bekommen in sich zusammenfallen und die ganze Wirtschaft mitreißen.

Das haben wir letztes Jahr erlebt und an der Stelle müssen wir auch den Mut haben Wachstum zu begrenzen.

Es ärgert mich maßlos, dass diejenigen, die uns diese Krise eingebrockt haben, jetzt da sie wissen, dass der Staat sie im Zweifel wieder retten wird, noch mehr zocken als zuvor.

Sie fragen sich: Wie kommt das zustande? Haben die nichts gelernt?

Das gibt es einfache Erklärung: In der Krise mussten viele Banken fusionieren. Das hat dazu geführt, dass die übrig gebliebenen Banken noch größer und damit noch „systemrelevanter“ geworden sind. Sie spekulieren darauf, dass der Staat es sich nun noch weniger leisten kann, sie pleite gehen zu lassen. Die Amerikaner sagen dazu „too-big-to-fail“.

Und wenn du mal erfahren hast, dass unter dir ein Netz gespannt ist, dann turnt es sich natürlich oben viel leichter.

Aber wir dürfen uns das nicht gefallen lassen. Wir müssen dem einen Riegel vorschieben. Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Nicht nur für die deutsche Politik, sondern international.

Beim nächsten Mal können wir uns nicht so einfach hinstellen und sagen: Das war alles so nicht vorhersehbar.

Sie sehen wir haben einiges zu tun: Die Krise ist zwar hoffentlich überwunden, die Wirtschaft scheint sich wieder zu erholen, aber bei der eigentlichen Krisenbewältigung stehen wir als Politik noch ganz am Anfang.

4. Brandl in der Landesgruppe

Seit der Wahl bin ich im Schnitt jede zweite Woche in Berlin und dort, zusammen mit 44 anderen Kollegen aus ganz Bayern, Mitglied der CSU-Landesgruppe.

Ich bin dort mit offenen Armen empfangen worden und ich kann mich über mangelnde Integration und Aufgaben nicht beschweren.

Im Gegenteil: In Berlin gilt eher das Motto:

Der Brandl ist noch jung, der braucht weniger Schlaf und kann auch noch was arbeiten.

So habe ich dann auch zwei Ausschüssen bekommen:

- Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- sowie Verteidigung

Ich habe beide bewusst gewählt, da bei beiden der direkte Bezug zur Heimat da ist.

Wir haben die Uni in Eichstätt und Ingolstadt, die Fachhochschule in Ingolstadt, viele kleine und große High-Tech Unternehmen, sowie die Bundeswehr mit großen Standorten in Ingolstadt und Neuburg.

Da dachte ich mir, dass passt zu mir und das passt zu uns.

5. Verteidigungs- und Untersuchungsausschuss Kunduz

Mir war aber nicht klar, als ich mich für Verteidigung entschieden habe, dass dieser Ausschuss wenig später zum Untersuchungsausschuss Kunduz wird und plötzlich so dermaßen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht.

Seit der Zeit beschäftigt mich kein Thema zeitlich – keine Sitzung unter sechs Stunden, meterhohe Aktenberge zum Lesen – aber auch emotional so sehr wie dieses.

Emotional deswegen, weil es für mich als Neuling auch ein Lehrstück ist, wie Politik im Medienzeitalter leider manchmal abläuft. Ich möchte dazu auch kurz Stellung nehmen:

Für mich ist die Aufarbeitung des Angriffs auf die beiden Tanklastzüge am 04. September 2009 vor allem eine Frage des Vertrauens, dass wir gewinnen oder auch verlieren können. Es geht um das Vertrauen der Deutschen in die Handlungen ihrer Streitkräfte, aber auch um das Vertrauen der Truppe in ihre politische Führung. Vertrauen wird verspielt, wenn der öffentliche Eindruck entsteht, es würde irgendetwas vertuscht werden.

Dieser Eindruck ist gezielt herbeigeführt worden, indem über Wochen hinweg ständig geheime Dokumente an die Presse gespielt worden sind. Man darf das dann nie kommentieren, weil dazu müsste man ja selber aus geheimen Dokumenten zitieren und das ist dann strafbar.

Ich mag als naiv gelten, wenn ich mich darüber aufrege, dass ich die Untersuchungsberichte entweder in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages oder im Spiegel lesen kann. Ich empfinde das als verantwortungslos.

Um hier Vertrauen wieder zu gewinnen, wollen wir deswegen im Ausschuss eine ehrliche und an der Sache orientierte Aufklärung. Teile der Opposition, aber auch der Medien, wollen die Sache und den Ausschuss aber dazu benutzen, um erstens die Bundeswehr in Verruf zu bringen – aus welchen Gründen auch immer. Zweitens, um den Ruf des beliebtesten

Vertreter der Regierung Karl-Theodor zu Guttenberg zu beschädigen. Dass er am 04. September noch gar nicht im Amt war, spielt eine untergeordnete Rolle. Das Schlimmste dabei sind die ständigen Vorverurteilungen.

Wir hatten Oberst Klein letzte Woche im Untersuchungsausschuss. Für mich ein sehr besonnener und in hohem Maße verantwortungsbewusster Soldat. Er hat uns ausführlich und in absolut nachvollziehbarer Weise seine Entscheidungen begründet. Aus meiner Sicht wollte der Mann nichts anderes, als die ihm anvertrauten Soldaten vor einem drohenden Angriff mit den beiden Tanklastern schützen.

Er hat in der Situation aus heutiger Sicht und nach langer Analyse wahrscheinlich falsch gehandelt. An welcher Stelle muss jetzt aufgeklärt werden. Ich greife dem bewusst nicht vor.

Aber eines steht für mich fest: Der Mann ist kein Verbrecher, wie ich es manchmal lesen oder hören muss. Wir haben ihn und unsere Soldaten in einer breiten Koalition aus SPD, FDP, CDU, CSU und mit Zustimmung von weiten Teilen der Grünen in diesen Einsatz geschickt.

Sie können jetzt zumindest von uns erwarten, dass wir hinter Ihnen stehen und Ihnen dabei nicht in den Rücken fallen.

6. Bildung und Forschung

Gemessen an der Medienaufmerksamkeit, hat mein zweiter Ausschuss Bildung und Forschung nicht annähernd die Bedeutung des Untersuchungsausschuss. Das sagt aber nichts über die tatsächliche Bedeutung für die Zukunft unseres Landes aus.

Im Bereich Bildung und Forschung investiert die christlich-liberale Koalition 12 Mrd. € zusätzlich in den nächsten vier Jahren. Eine solche Steigerung gab es in diesem Ressort noch nie.

Ich habe Ihnen vorher erläutert, was das Grundkonzept der Koalition ist.

Wenn wir gestärkt aus der Krise herausgehen wollen, dürfen wir nicht nur Banken, aufgrund ihrer Fehler und ihres Missmanagement in der Vergangenheit, retten, sondern wir müssen gezielt in die Zukunft unseres Landes investieren.

Und dazu brauchen wir, neben mehr Kindern, gut ausgebildete Facharbeiter und Akademiker genauso wie Innovationen und Hochtechnologie.

Konkret erhöhen wir das BaföG, weiten die Stipendien massiv aus, fördern Spitzencluster-Regionen in ganz Deutschland und investieren massiv in Schlüsseltechnologien, wie erneuerbare Energien oder Elektromobilität. Für diesen Bereich bin ich zuständig. Damit legen wir die Grundlage für die Arbeitsplätze der Zukunft.

Wie hat es denn zum Beispiel Bayern geschafft, sich vom unterentwickelten Agrarland zum High-Tech Standort zu entwickeln? Indem die Politik in den vergangenen Jahrzehnten konsequent auf Bildung und neue Technologien gesetzt hat.

Nehmen Sie als Beispiel die Fachhochschule Ingolstadt, mit heute über 2.000 Studenten. Die ist ja damals vor 15 Jahren nicht vom Himmel gefallen. In ähnlicher Form wurden in ganz Bayern in den letzten Jahrzehnten Fachhochschulen eröffnet und Universitäten ausgebaut.

Ich könnte Ihnen jetzt reihenweise Beispiele und Regionen aufzählen, in denen der Freistaat mit einer Investition in eine Bildungs- oder Forschungseinrichtung zuerst einen Impuls gegeben hat und dann in der Folge außen herum viele Unternehmen und Arbeitsplätze entstanden sind, von denen heute viele Menschen leben.

Jetzt kann man natürlich das Modell Bayern und das Modell Ingolstadt nicht auf ganz Deutschland übertragen. Aber man kann daraus lernen.

Ich wünsche mir, dass wir, wenn wir in 20 Jahren zurückblicken, sagen können, dass es diese Regierung war, die mit ihren Investitionen in die Köpfe unseres Landes, die Grundlage für Wachstum und Wohlstand in Deutschland gelegt hat.

7. Start der christlich-liberalen Koalition

Wenn ich über meine beiden Fachausschüsse hinaus blicke, kann ich feststellen, dass der Start der christlich-liberalen Koalition wesentlich besser war, als er öffentlich wahrgenommen wurde.

An der Kommunikation müssen wir sicher noch arbeiten. Wir hatten aber nach vier Wochen einen ausverhandelten Koalitionsvertrag und eine handlungsfähige Regierung. Direkt im Anschluss daran haben wir Anfang November das Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht, so dass wesentliche gemeinsame Anliegen, wie die Erhöhung des Kindergelds oder die Änderungen bei der Erbschaftssteuer, bereits zum 01. Januar Kraft treten konnten.

Das hat deswegen so schnell geklappt, weil wir uns in grundsätzlichen gesellschaftlichen Fragen wie bei der Sozialen Marktwirtschaft oder beim Umgang mit Leistung und Eigentum viel näher sind als wir es mit der SPD jemals waren.

Natürlich leidet die ganze Koalition jetzt darunter, dass die FDP so stark an Zustimmung verliert. Sie muss jetzt nach 11 Jahren Opposition erst mal wieder Profil als Regierungspartei gewinnen. Das wird ihr auch gelingen und dann wird sich auch unsere Außendarstellung wieder verbessern.

Die jetzige Koalition ist die Wunschkoalition aller drei Parteien. Wir wissen genau, dass die Alternative zu uns nicht mehr eine Große Koalition, sondern ein linkes Bündnis aus SPD, Grünen und Linken ist. Das wollen wir verhindern, weil wir überzeugt sind, dass wir für Deutschland die grundlegend bessere Alternative sind.

Ich will Ihnen anhand von drei aktuellen Beispielen aus den Bereichen Steuern, Sozialstaat und Familienpolitik näher bringen, dass diese Koalition von der Opposition mehr trennt, als 1,20 Meter Gang im Plenarsaal und dass sich unsere christlich-liberalen Maßstäbe ganz wesentlich vom Menschen- und Politikverständnis der Linken unterscheiden.

8. Steuern und Eigentum

Ich beginne mit dem Thema Steuern und dem grundsätzlichen Verständnis von Eigentum.

Wir freuen uns, wenn sich jemand durch seine Hände Arbeit oder durch Leistung im Kopf Geld verdient und für sich und seine Familie Eigentum schafft.

Wenn wir dann ein Steuergesetz machen, dann fragen wir:

- Wie können wir durch das Gesetz Anreize für mehr Leistung schaffen?

Die Linken fragen:

- Wie können wir durch Steuergesetzgebung und Umverteilung Einkommensunterschiede ausgleichen?

Das ist ein grundsätzlicher Unterschied.

Wir wollen Leistung fördern, um es mehr Menschen zu ermöglichen sich Eigentum zu schaffen. Wenn dann jemand erfolgreich ist, verdient er nach unseren Maßstäben gesellschaftliche Anerkennung und keine Neiddebatte.

Mir ist vor kurzem dieser Unterschied wieder so richtig klar geworden, als wir im Bundestag über die Erbschaftssteuer diskutiert haben.

Für die Linken ist Erben leistungsloser Erwerb und trägt zur Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich bei. Deswegen wollen sie das möglichst unterbinden. Aber dann muss man sich die Frage stellen: Warum arbeiten Menschen überhaupt?

Kürzlich habe ich bei uns in einem Alltagsgespräch einen beiläufigen Satz gehört, der genau diese Frage beantwortet. Es ging um die Möglichkeit des Vorruhestands und da sagt eine: „Ich verstehe gar nicht, dass der noch in die Arbeit geht, der hat doch gar keine Kinder?“

In unserem Verständnis arbeiten die Menschen eben nicht nur um es selbst zu konsumieren, sondern auch um die Chancen ihrer Nachkommen zu verbessern. Sie arbeiten und sparen um ihren Kinder zum Beispiel ein Haus oder eine Eigentumswohnung zu hinterlassen, damit sie dort ihre Familie gründen können. Wenn die Kinder das Haus oder die Wohnung dann verkaufen müssen, um die Erbschaftssteuer zu bezahlen, zerstört dies die Motivation und den Leistungsanreiz für die Eltern.

Wir wenden uns gegen diese Form der Steuer, nicht weil wir irgendwelche Villen am Starnberger See schützen wollen. Das ist die Neiddebatte, die die Linken führen.

Wir wenden uns gegen diese Form der Steuer, weil sie zutiefst unserem Menschenbild widerspricht.

9. Sozialstaat und die aktuelle Hartz-4 Debatte

Zweites Beispiel, an dem die grundlegenden Unterschiede zwischen uns und der linken Seite im Parlament deutlich werden, ist der Umgang mit dem Sozialstaat. Jetzt aktuell: Die Debatte um die Neuregelung der Hartz-4 Sätze.

Kernbestandteil unseres Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft und unseres christlichen Menschenbilds ist, dass der Staat, d.h. die Gemeinschaft solidarisch mit denjenigen ist, die nicht für sich selber sorgen können. Das Gebot der Nächstenliebe.

Das christliche Menschbild setzt aber auch auf den eigenverantwortlichen Menschen, der, wenn er selber für sich sorgen kann, es auch tut und nicht auf Kosten der Gemeinschaft lebt.

Der Staat darf nicht das Signal aussenden, dass derjenige der seine **Eigenverantwortung** wahrnimmt und jeden Tag in der Früh um sechs aufsteht und zur Arbeit geht, der Dumme ist. Er ist nämlich dann der Dumme, wenn er sieht, dass derjenige, der in der Früh liegen bleibt, obwohl er aufstehen könnte, vom Staat genauso so viel bekommt wie er, der selber für sich und seine Familie sorgt. Und im Moment rechnet die Bild-Zeitung ihm ja genau das jeden Tag vor.

Auf der anderen Seite stellen sich die Linken und die Grünen als Gutmenschen hin und fordern eine pauschale Erhöhung der Hartz-4 Sätze. Das führt in der Konsequenz dazu, dass für immer mehr Menschen der Anreiz sinkt Arbeit anzunehmen, weil sie durch Hartz-4 mehr bekommen.

Die linke Vorstellung eines Versorgungsstaats untergräbt die Eigenverantwortung des Einzelnen und bringt die Menschen in eine bequeme Abhängigkeit vom Sozialstaat, aus der sie nur schwer wieder entkommen.

Deswegen werden wir als christlich-liberale Koalition bei der Neuregelung der Hartz-4 Sätze dafür sorgen, dass beides gefördert wird: Die Solidarität mit den Schwachen und die Eigenverantwortung derer, die selber für sich sorgen können. Das Signal des Staates muss lauten:

Die Masse der kleinen und mittleren Einkommen sind die Leistungsträger und nicht die Deppen der Nation.

10. Familienpolitik

Drittes aktuelles Beispiel, an dem wir andere Maßstäbe anlegen als die Linken, ist die Familienpolitik.

Ich habe es vorher schon angedeutet: Für mich ist die langfristig große Herausforderung in unserem Land die Bewältigung der demographischen Entwicklung.

Heute ist etwa jeder fünfte Deutsche über 65. Jahre. Im Jahr 2060 wird es nach aktuellen Prognosen jeder dritte sein. Das betrifft unsere ganze Gesellschaft, unsere Wirtschafts- und Steuerkraft, aber vor allem auch unsere sozialen Sicherungssysteme, die ja ausnahmslos darauf bauen, dass die junge Generation für die ältere Generation sorgt.

Um die ältere Generation gut zu versorgen, brauchen wir aber auch eine zahlenmäßig starke junge Generation. Wir haben in Deutschland die niedrigste Geburtenrate in der EU: Im Jahr 2008 sind bei uns 675 000 Kinder geboren. Im Vergleich dazu sind 844 000 Menschen gestorben. Einwanderung und Auswanderung halten sich in etwa die Waage, so dass wir zum 1.1.2009 etwa 168 000 Menschen weniger bei uns hatten, als zum 1.1.2008.

Am anderen Ende der Skala steht zum Beispiel die Türkei, die im letzten Jahr, durch einen riesengroßen Geburtenüberschuss, über 900 000 Einwohner hinzugewonnen haben. In dem Land gibt es eine ganz andere Bevölkerungsdynamik. Die Türkei hat jetzt knapp 72 Millionen Einwohner und wird uns sicher in den nächsten Jahren überholen.

Die niedrige Geburtenrate geht im wahrsten Sinne des Wortes an unsere Substanz. Deswegen ist Familienpolitik für mich Zukunftspolitik.

Die christliche-liberale Koalition hat diesen Bereich – neben Bildung und Forschung – bewusst vom Sparen ausgenommen. Dass es uns ernst ist damit, haben wir gezeigt, indem wir als wichtigste Maßnahme des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes schon zum 01.01. das Kindergeld erhöht haben.

4,2 Milliarden Euro geben wir dafür jährlich mehr aus. Das ist leider in der Debatte vollkommen untergegangen. Das Geld soll gerade jungen Eltern helfen, die steigenden Kosten der Kindererziehung besser zu bewältigen.

Mir ist aber auch klar, dass die grundsätzliche Entscheidung für oder gegen Kinder, nicht unbedingt an der Frage entschieden wird, ob es 20 Euro mehr Kindergeld im Monat gibt oder nicht. Viel wichtiger ist eine kinderfreundliche Stimmung in unserem Land, die die Erziehungsleistung junger Eltern positiv herausstellt. Das ist in vielen Fällen leider nicht der Fall.

Bürgermeister berichten mir, dass wenn sie ein neues Baugebiet planen und einen Kinderspielplatz in die Pläne einzeichnen, schon die ersten kommen - bevor überhaupt

irgendwas gebaut ist - und sich über eine potentielle Lärmquelle in ihrer Nachbarschaft beschweren.

Oder wenn heute eine Mutter im Bus mit drei kleinen Kindern in die Stadt fährt und keiner steht auf, dann ist das nicht kinderfreundlich. Eigentlich müsste der jungen Mutter auf ihrem Weg in und durch die Stadt ständig jemand auf die Schulter klopfen und ihr für ihre so wichtige Erziehungsleistung danken. Haben Sie das schon mal erlebt?

Das ist ein Problem unserer Gesellschaft. Das kann die Politik nicht alleine lösen. Was die Politik aber machen kann, ist die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass jungen Eltern die Entscheidung für Kinder erleichtert wird. Deswegen bauen wir auf der einen Seite die Kinderkrippen aus.

Viele Frauen wollen oder müssen nach der Babypause baldmöglichst wieder in den Beruf zurück. Ich habe viele Bekannte in meinem Alter, die sich im Umfeld von Ingolstadt einen Bauplatz gekauft haben. Die brauchen zwei Einkommen, um das zu finanzieren. Und wenn keine Möglichkeit der Kinderbetreuung da ist, dann finden Kinder halt nicht statt oder es gibt nur eines, statt wie eigentlich gewünscht zwei oder drei.

Wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen, diese Mütter als Rabenmütter bezeichnen. Wir dürfen aber auch nicht den Fehler machen, diejenigen Mütter, die sich bewusst für die Kindererziehung zu Hause entscheiden, als Heimchen am Herd zu diffamieren. Auch diesen Lebensentwurf fördern wir ausdrücklich und haben als CSU dafür gesorgt, dass ein Betreuungsgeld im Gesetz festgeschrieben wird: 150 Euro pro Monat für jedes zuhause betreute Kind unter 3 Jahren zusätzlich zum Kindergeld. Im Vergleich dazu kostet ein Kinderkrippenplatz dem Staat 800 bis 1000 Euro.

Im Moment haben wir eine Stimmung im Land, dass beide Lebensentwürfe irgendwie nicht richtig sind und man am besten keine Kinder kriegt. Ich habe im Wahlkampf einmal eine Mutter getroffen, die nach der Veranstaltung zu mir gesagt hat: Herr Brandl, egal wie ich es mache, ob ich zuhause bleibe oder wieder in die Arbeit gehe, ich mache es immer irgendwie verkehrt.

Ich sage ihr: Beides ist richtig. Wir müssen dann aber die Voraussetzungen schaffen, dass sie selbst die für sie richtige Entscheidung treffen kann.

Und was sagt die Opposition dazu?

Bei der Diskussion um das Betreuungsgeld im Bundestag steht der Herr Heil von der SPD auf und fragt: Wäre es für das schlecht integrierte Kind in Berlin-Neukölln doch nicht besser in die Krippe zu gehen, weil es dort besser aufgehoben sei, als bei seiner Mutter. Wohlgemerkt, wir reden von Kindern unter drei Jahren. Aber unabhängig davon, wie man diesen konkreten Einzelfall beurteilt:

Ich wehre mich dagegen, dass wir die Familie aus Berlin-Neukölln als Maßstab für alle Familien in ganz Deutschland ansetzen.

Jetzt führen wir eine Diskussion darüber, ob wir das Betreuungsgeld nicht doch besser als Gutschein auszahlen und nehmen dafür in Kauf, eine Riesenbürokratie aufzubauen, nur weil wir den Eltern nicht zutrauen das Geld zum Wohle Ihrer Kinder einzusetzen.

Da taucht wieder der fundamentale Unterschied zwischen uns und der Opposition auf. Für uns gilt der Grundsatz: Zutrauen statt Misstrauen.

Wir wehren uns dagegen, den Eltern vorzuschreiben was das Beste für ihr Kind ist und dann auf Bundesebene zu regeln, ob der Gutschein nur für zuckerfreie Schokolade oder auch für normale Schokoriegel gilt.

Wir **lassen** ihnen die Freiheit das selber zu entscheiden, **entlassen** sie aber nicht aus ihrer Eigenverantwortung.

Es gibt sicher amtlich bekannte Einzelfälle, denen man besser kein zusätzliches Bargeld gibt. Aber unser Maßstab sind doch nicht diese Einzelfälle, die das Geld versaufen, sondern dass sind diejenigen Eltern, die ihre Kinder liebevoll erziehen, selber auf vieles verzichten, nicht in den Urlaub fahren und auch sonst alles zum Wohle ihrer Kinder tun. Diese Eltern dürfen wir nicht diskriminieren, sondern müssen sie in der Gesellschaft und von der Politik aus fördern.

Ich habe vorher den Begriff „Systemrelevanz“ erwähnt. Alle möglichen Banken und Unternehmen sind plötzlich systemrelevant. Sie wollen uns damit sagen: Ohne sie geht es nicht.

Ich sage: **Wenn überhaupt etwas für unseren Staat systemrelevant ist, dann sind es unsere Kinder.**

11. Die Bedrohung von links

Ich hoffe, meine Damen und Herren, Ihnen mit diesen drei Beispielen deutlich gemacht zu haben, dass es sehr wohl einen Unterschied macht, wer Deutschland regiert.

Diese grundsätzlichen Unterschiede im Wertefundament und im Menschenbild sind in der Großen Koalition verschwommen. Aber die Große Koalition ist Geschichte und diese Geschichte wird sich so schnell nicht wiederholen.

Die Alternative zur christlichen-liberalen Koalition ist eine linke Mehrheit aus SPD, Grünen und Linken.

Das wird gerade Schritt für Schritt vorbereitet: Bei den Linken war es Oskar Lafontaine, der solch einem Bündnis mit seinen ehemaligen Genossen im Wege stand. Der ist jetzt weg.

Bei der SPD heißt die Mannschaft der Zukunft Gabriel, Nahles und Wowereit. Die strecken, im Gegensatz zu Schröder, Müntefering und Steinmeier, den Linken nicht nur eine Hand, sondern beide Hände entgegen. Das deutlichste Signal dafür war doch, als die Linken sich im Januar von ihrem Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch getrennt hatten, dass er binnen weniger Stunden ein Aufnahmeangebot der SPD hatte.

Und bei den Grünen? Die sagen rot-rot-grün kommt nicht in Frage, wenn dann machen sie nur mit bei rot-grün-rot. Deswegen war die Wahl am 27. September auch eine Richtungswahl. Eine Richtungswahl, die wir nur mit einem ganz knappen Abstand gewonnen haben. In vier Jahren wird es noch knapper werden, da die SPD sich vermutlich in der Opposition erholen wird und die FDP nicht mehr auf die große Zustimmung trifft.

Wenn die SPD allerdings weiter in diesem Tempo nach links rückt, wird auch der Platz in der Mitte wieder größer. Ich bin tief davon überzeugt, dass die Menschen der SPD nicht in Scharen nach links folgen werden.

Diesen Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft müssen wir als Union eine politische Heimat geben.

Auch wir in Bayern haben durchaus noch Luft nach oben. Trotz unseres immer noch großen Erfolgs haben wir Wähler verloren. Die können wir aber auch wieder zurückgewinnen.

12. Schluss

Ich bin bei dieser Wahl für vier Jahre gewählt worden. Ich werde die vier Jahre nutzen dafür zu kämpfen, die Menschen davon zu überzeugen, dass die CSU in Bayern und Berlin die bessere Alternative ist.

Ich hoffe, dass ich dann in vier Jahren wieder hier stehen darf, wieder als Mitglied der Regierungskoalition und Ihnen dann sagen kann:

Deutschland hat die Krise überwunden. Wir sind stärker als zuvor. Und wir haben die Steuermehreinnahmen aus dem Wirtschaftsaufschwung dazu genutzt, um unseren Haushalt zu konsolidieren.

Und ich hoffe auch, dass der CSU Ortsverband Münchner Straße, dann immer noch so zufrieden mit seinem Bundestagsabgeordneten ist, dass er ihn gerne wieder zum Aschermittwoch einlädt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.